Handbuch Erbengemeinschaft

Bearbeitet von

Herausgegeben von Dr. Hans-Peter Wetzel, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht und Fachanwalt für Steuerrecht, Dr. Felix Odersky, Notar, und Dr. Hellmut Götz, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater, Bearbeitet von Dr. Michael Bernauer, LL.M., Notar, Dr. Gianna Burret, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Steuerrecht, Jan Holtmeyer, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht, Familienrecht und Steuerrecht, Burkhard Kolb, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht und Familienrecht, Dr. Daniel Kollmeyer, Rechtsanwalt, Karin Raude, Notarassessorin, Dr. Wolfram Schneeweiß, LL.M., Notar, Holger Siebert, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht und Steuerrecht, Jutta Sieverdingbeck-Lewers, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Erbrecht und Agrarrecht und Notarin, Dr. Judith Ulshöfer, Notarassessorin

1. Auflage 2019. Buch. XLIX, 723 S. Hardcover (In Leinen)
ISBN 978 3 406 72320 9
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm
Gewicht: 1384 g

Recht > Zivilrecht > Erbrecht

Zu Leseprobe und Sachverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Wetzel/Odersky/Götz (Hrsg.) Handbuch Erbengemeinschaft





Handbuch Erbengemeinschaft

Herausgegeben von

Dr. Hans-Peter Wetzel

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht und Fachanwalt für Steuerrecht in Überlingen

Dr. Felix Odersky

Notar in Dachau

Dr. Hellmut Götz

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater in Freiburg



Dr. Michael Bernauer LL. M., Notar in Hof; Dr. Gianna Burret, Rechtsänwaltin und Fachanwältin für Steuerrecht in Freiburg; Dr. Hellmut Götz, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater in Freiburg; Jan Holtmeyer, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht, Familienrecht und Steuerrecht in Leipzig; Burkhard Kolb, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht und Familienrecht in Ravensburg; Dr. Daniel Kollmeyer, Rechtsanwalt in Gütersloh; Dr. Felix Odersky, Notar in Dachau; Karin Raude, Notarassessorin in Köln; Dr. Wolfram Schneeweiß LL. M., Notar in München; Holger Siebert, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht und Steuerrecht in Berlin; Jutta Sieverdingbeck-Lewers, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Erbrecht und Agrarrecht und Notarin in Münster; Dr. Judith Ulshöfer, Notarassessorin Ludwigshafen am Rhein; Dr. Hans-Peter Wetzel, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht und Steuerrecht in Überlingen

2019



Zitiervorschlag: Wetzel/Odersky/Götz Erbengemeinschaft-HdB/Bearbeiter § ... Rn. ...



www.beck.de

ISBN 9783406723209

© 2019 Verlag C.H. Beck oHG Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen (Adresse wie Verlag)

Umschlaggestaltung: Ralph Zimmermann – Bureau Parapluie

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Erben und Vererben hat "Konjunktur". Mit dem immer größer werdenden Umfang der Vermögenswerte, die auf die sogenannte Erbengeneration übergehen, und der fortschreitenden Individualisierung der Gesellschaft unter Auflösung traditioneller Familienmodelle nehmen auch die Streitigkeiten zwischen Angehörigen nach dem Erbfall zu. Dabei treten auch zunehmend unterschiedliche Interessenlagen innerhalb von Erbengemeinschaften auf, die als Gesamthandsgemeinschaft aber in vielen Fragen Einigkeit unter den Erben voraussetzen, und für die gesetzlich teilweise nur schwer zu verstehende und handzuhabende Regeln für die Verwaltung und Auseinandersetzung vorgesehen sind. Potentielle Streitigkeiten zwischen mehreren Erben machen künftigen Erblassern Sorge und erhöhen nach dem Erbfall den Beratungsbedarf der Miterben. Schließlich begegnen sich in der Erbengemeinschaft nicht nur das Erbrecht und das gesamte BGB, vielmehr außerdem das Gesellschafts-, Steuerund das Sozialrecht.

Vor diesem Hintergrund entstand das Vorhaben, neben den schon lange verfügbaren Handbüchern zu anderen erbrechtlichen "Spezialthemen" wie der Testamentsgestaltung, dem Pflichtteilsrecht und der Testamtsvollstreckung ein spezielles Themenbuch zur Erbengemeinschaft zu entwickeln. Wie alle Handbücher soll es dem beratenden Rechtsanwalt, Notar und Steuerberater sowohl schnelle Lösungsansätze für spezifische Fragen als auch eine umfassende Einarbeitung in bestimmte Problemkreise im Zusammenhang mit Erbengemeinschaften ermöglichen. Die Themenbreite des Buches reicht dabei zeitlich von der Beratung vor dem Erbfall – insbesondere im Hinblick auf die Vermeidung von späteren Streitigkeiten zwischen Miterben – bis zur endgültigen Beendigung der Gemeinschaft. Inhaltlich werden neben typischen Schwerpunkten wie der Verwaltung und der Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft auch die besonderen "Schnittstellen" z.B. zum Familien-, Unternehmens- und Landwirtschaftsrecht behandelt. Und da das Zivilrecht in der beratenden Praxis kaum mehr ohne die Berücksichtigung der jeweiligen steuerrechtlichen Implikationen anwendbar ist, liegt ein weiterer Schwerpunkt des Handbuchs darin, auch jeweils die steuerrechtlichen Bezüge der einzelnen Themenkreise aufzuzeigen.

Das Buch lebt aber nicht nur von der Bandbreite der Themen sondern auch von der Vielfalt der Autoren aus Anwaltschaft und Notariat, alles Spezialisten in ihrem Bereich. Dafür dass sie neben ihrer beruflichen Tätigkeit die Zeit für diese Arbeit gefunden haben, gilt unser besonderer Dank, wie natürlich auch dem Lektorat und den Mitarbeitern im Verlag für ihren großen Einsatz.

Wir hoffen, dass das Handbuch Ihre Erwartungen erfüllt, wobei uns Anregungen zur Verbesserung natürlich stets willkommen sind.

München im April 2019

Hans-Peter Wetzel Felix Odersky Hellmut Götz



Inhaltsübersicht

Vorwort	Seite V VII IX XLI XLII
Teil A. Bedeutung, Entstehung, Rechtsnatur und Gegenstand	
\$ 1 Bedeutung	2 4 8
Teil B. Haftung und Haftungsbegrenzung der Miterben	
 Haftung für Nachlassverbindlichkeiten nach der Teilung Steuerliche Pflichten der Miterben Steuerliche Pflichten bei Schwarzgeld im Nachlass 	30
Teil C. Verfügungen der Miterben § 9 Verfügung über den Anteil am gesamten Nachlass, § 2033 Abs. 1 BGB	122
Teil D. Minderjährige und Betreute in der Erbengemeinschaft	
§ 13 Grundsätzliches § 14 Annahme und Ausschlagung § 15 Veräußerung und Verwaltung des Erbanteils § 16 Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft § 17 Vermeidungsstrategien und Regelungsmöglichkeiten	148 169 180
Teil E. Unternehmerisches Vermögen in der Erbengemeinschaft	
§ 18 Grundsätzliches: Zivilrechtliche Auswirkungen des Erbfalls § 19 Einzelunternehmen § 20 Personengesellschaften § 21 Kapitalgesellschaften § 22 Steuerliche Besonderheiten bei unternehmerischem Vermögen	216 231 246
Teil F. Die Verwaltung der Erbengemeinschaft	
§ 23 Grundsätzliches	280 294 299

Inhaltsübersicht

			Seite
§ :	28	Auskunft und Rechnungslegung	305
§ :	29	Nachlassforderungen, §§ 2039, 2040 Abs. 2 BGB	313
		Surrogation von Rechten und Gegenständen, § 2041 BGB	320
		Testamentsvollstreckung in der Erbengemeinschaft	327
		Laufende Besteuerung der Erbengemeinschaft	349
		Teil G. Auseinandersetzung	
8	33	Grundsätzliches	359
		Recht auf Auseinandersetzung	362
		Teilungsreife	365
§ .	36	Nachlassverbindlichkeiten	371
§ .	37	Ausgleichung von lebzeitigen Zuwendungen des Erblassers	392
§ .	38	Ansprüche nach § 2287 BGB innerhalb der Erbengemeinschaft	423
§ .	39	Auseinandersetzungsmöglichkeiten	426
§ 4	40	Haftung und Haftungsbegrenzungsmöglichkeiten vor der Teilung	472
		Steuern bei Erbauseinandersetzung	523
§ 4	42	Verjährung	543
		Teil H. Erbengemeinschaft und ausländisches Recht	
8 4	43	Erbengemeinschaft mit Auslandsberührung	551
§ 4	44	Erbengemeinschaften nach ausländischem Recht	583
		_hock_chon d	
		Teil I. Landwirtschaftliches Erbrecht	
§ 4	45	Landwirtschaftliches Erbrecht	591
		Teil J. Vermeidung der Erbengemeinschaft und der streitigen Auseinandersetzung	\ (
_			
		Grundsätzliches	629
		Lebzeitige Übertragung	631
8 4	48	Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	640
		Letztwillige Verfügungen	645 654
		Schiedsgerichtsklauseln und -vereinbarungen	659
		Testamentsvollstreckung	666
-		Stiftung	680

Teil A. Bedeutung, Entstehung, Rechtsnatur und Gegenstand

		Seite
§ 1	Bedeutung	1
§ 2	Entstehung und Ende der Erbengemeinschaft	2
3 –	I. Entsteheung	2
	II. Ende	3
	II. Liide	3
§ 3	Rechtsnatur	4
	I. Allgemeines	4
	II. Erbengemeinschaft als Gesamthandsgemeinschaft	5
	III. Selbständigkeit des Gesamthandvermögens	5
	1. Allgemeines	5
	2. Sonderfälle	6
§ 4	Gegenstand der Erbengemeinschaft	8
. .	Steuern	
§ 5	Steuern	9
	I. Erbschaftsteuer	9
	1. Persönliche Steuerpflicht der Miterben	9
	a) Sachliche Steuerpflicht	9
	b) Voraussetzungen der persönlichen Steuerpflicht	9
	c) Freibeträge, Steuerbefreiungen	10
	2. Im Ausland lebender Erblasser bzw. Erben	11
	3. Auslandsvermögen im Nachlass	12
	a) Beschränkte Steuerpflicht	12
	b) Erweitert beschränkte Steuerpflicht	13
	c) Ausländische Erbschaftsteuer	14
	II. Einkommensteuer	15
	1. Persönliche Steuerpflicht	15
	a) Ebene der Erbengemeinschaft	15
	b) Ebene der Miterben	15
	2. Im Ausland lebende Erben/Miterben	15
	a) Beschränkte Steuerpflicht	15
	b) Erweitert beschränkte Steuerpflicht	16
	c) Besonderheiten bei Vorliegen eines DBA	17
	d) Besonderheiten, wenn zum Nachlass ein Personengesellschaftsanteil	
	gehört	17
	Teil B. Haftung und Haftungsbegrenzung der Miterben	
§ 6	Haftung für Nachlassverbindlichkeiten nach der Teilung	19
3 0	I. Grundsätzliches	20
	Verschärfte Haftung nach Teilung	20
	2. Teilung	20
	3. Gebot der Gläubigerbefriedigung vor Teilung	20
	J. Machlassyorhindlightseiten nach Teilung	21
	II. Nachlassverbindlichkeiten nach Teilung	
	III. Haftungsmasse	21
	IV. Miterben als Gesamtschuldner	22

		Seite
	V. Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung	22
	1. Vor Teilung erworbene Einreden	22
	2. Erwerb der allgemeinen Haftungsbeschränkungen nach Teilung	23
	a) Die Einreden der §§ 1973, 1974, 1989 BGB	23
	b) Die Einreden der §§ 1990, 1992 BGB	23
	c) Nachlassverwaltung nach der Teilung	23
	d) Nachlassinsolvenz nach Teilung und Wiederaufleben der	
	beschränkten Erbenhaftung gemäß § 2059 Abs. 1 BGB	24
	3. Die speziellen Einwendungen nach Teilung, §§ 2060, 2061 BGB	24
	a) Teilschuldnerische Haftung	24
	b) Die allgemeinen Voraussetzungen der §§ 2060, 2061 BGB	25
	c) Die speziellen Voraussetzungen des § 2060 BGB	25
	aa) Ausschluss des Gläubigers im Aufgebotsverfahren nach	
	§§ 1970 ff., § 2060 Nr. 1 BGB	26
	bb) Verschweigung, §§ 1974, 2060 Nr. 2 BGB	26
	cc) Nachlassinsolvenzverfahren, § 2060 Nr. 3 BGB	26
	d) Die speziellen Voraussetzungen des § 2061 BGB	27
	VI. Haftungsverhältnisse in besonderen Fällen	28
	1. Übernahme aller Erbteile durch einen Miterben	28
	2. Zusammenfallen von beschränkter und teilschuldnerischer Haftung	28
	3. Der Miterbe als Pflichtteilsberechtigter	29
	4. Der Miterbe als Nachlassgläubiger	29
	5. Innenausgleich zwischen den Miterben gemäß § 426 BGB	29
§ 7	Steuerliche Pflichten der Miterben	30
	I. Übergang des Steuerschuldverhältnisses auf die Miterben	30
	1. Rechtsnachfolge im Steuerrecht	30
	Rechtsnachfolge im Steuerrecht	30
	b) Die Gesamtrechtsnachfolge im Steuerrecht	31
	c) Inanspruchnahme für Steuerschulden des Erblassers	32
	d) Sichtung des Nachlasses	32
	e) Kenntniserlangung von steuerlichen Verfehlungen des Erblassers	33
	2. Inanspruchnahme der Miterben durch Haftungsbescheid	33
	a) Grundsätze	33
	b) Folgen für die Erben	33
	3. Risiken aufgrund verdeckter Gewinnausschüttungen	34
	a) Grundsätze	34
	b) Folgen für die Erben	34
	II. Erklärungspflichten für den Erblasser	34
	1. Einkommensteuer	34
	a) Erklärungspflichten für das Jahr des Ablebens	34
	b) Erklärungspflichten für frühere Jahre	35
	c) Verstoß gegen Berichtigungspflichten	
	2. Andere Steuerarten	36
	a) Schenkungsteuer	36
	b) Umsatzsteuer, Lohnsteuer	36
	III. Eigene Erklärungspflichten des Miterben	36
	1. Grundsatz	36
	2. Besonderheiten für den überlebenden Ehegatten	37
§ 8	Steuerliche Pflichten bei Schwarzgeld im Nachlass	38
, ,	I. Nacherklärungspflichtige Sachverhalte	39
	1. Betroffene Sachverhalte	39
	Beginn der Anzeigepflicht	39
		57

	Seite
3. Rücktritt nach § 24 StGB	40
4. Kenntniserlangung von Schwarzgeld/-konten ua	40
a) Grundsatz der Berichtigungspflicht	40
b) Folgen der Berichtigungspflicht für Miterben	41
c) Anforderungen an die Berichtigungsanzeige	42
d) Rechtsfolge einer Verletzung der Pflicht zur Abgabe der Berichti-	
gungsanzeige	43
II. Kenntniserlangung nach Jahren	43
1. Festsetzungsverjährung Einkommensteuer	43
2. Festsetzungsverjährung ErbStG	44
III. Selbstanzeige nach § 371 AO	45
1. Selbstanzeigehandlung	45
2. Fristberechnung nach § 371 Abs. 1 S. 2 AO	45
3. Beginn der Rückrechnung	46
4. Vorliegen einer Straftat	46
5. Strafrechtliche Verjährungsfristen	47
6. Koordiniertes Vorgehen der Miterben	47
7. Fristgerechte Nachentrichtung durch die Miterben	48
Teil C. Verfügungen der Miterben	
	40
§ 9 Verfügung über den Anteil am gesamten Nachlass, § 2033 Abs. 1 BGB	
I. Grundsätzliches	51
1. Normzweck	51 52
§ 2033 Abs. 1 S. 1 BGB als zwingendes Recht Systematische Einordnung; zugrundeliegende Verpflichtungs-	32
geschäfte	53
II. Allgemeines zu Verfügungen über den Erbteil und deren Voraussetzungen	53
1. Verfügungsgegenstand	53
a) Erbteil	53
b) Bruchteil eines Erbteils	54
c) Anteil an einzelnen Nachlassgegenständen	54
d) Anspruch auf Auseinandersetzungsguthaben	54
e) Nacherbenanwartschaftsrecht	54
2. Verfügungsberechtigung	54
a) Miterbe	54
b) Gesamtrechtsnachfolger des Miterben	54
c) Erbteilserwerber	55
d) Mitvor- und Mitnacherbe	55
e) Scheinerbe	55
3. Verfügung	56
a) Verfügungsbegriff	56
b) Form der Verfügung	56
aa) Notarielle Beurkundung	56
bb) Beurkundung der Erbteilsübertragung auch ohne Urkunde über	
Grundgeschäft?	56
cc) Form der Vollmacht	57
c) Verfügungsbeschränkungen	57
aa) Nachlassinsolvenzverfahren, § 2060 Nr. 3 BGB	57
bb) Behördliche Genehmigungen	58
cc) Familien- oder betreuungsgerichtliche Genehmigung	59
dd) Genehmigung des Ehegatten/Lebenspartners	60
ee) Testamentsvollstreckung	60
ff) Insolvenzverwaltung	61

		Seite
III.	Erbteilsübertragung, insb. aufgrund eines Erbteilskaufs	61
	Allgemeines a) Übertragung des Erbteils als Verfügung über den Erbteil, § 2033	61
	Abs. 1 S. 1 BGB	61
	b) Zugrundeliegendes Verpflichtungsgeschäft	61
	aa) Erbteilskaufvertrag	61
	bb) Sonstige Verpflichtungsgeschäfte	61
	2. Form des Erbteilskaufvertrages, § 2371 BGB	61
	3. Sicherung von Leistung und Gegenleistung beim Erbteilskauf-	
	vertrag	62
	a) Unvermeidbare Risiken des Käufers	62
	aa) Keine Möglichkeit des gutgläubigen lastenfreien Erwerbs	62
	bb) Zusammensetzung des Nachlasses	63
	cc) Hinweis des Notars	64
	b) Vermeidbare Risiken; Gestaltungsmöglichkeiten	64
	aa) Grundsätzliches	64
	bb) Genehmigungen; Miterbenvorkaufsrecht	65 66
	cc) Gestaltungsmöglichkeiten	66
	teilsübertragung	66
	(2) Schubladengenehmigung	66
	(3) Auflösend bedingte Erbteilsübertragung	
	(4) Aufschiebend bedingte Erbteilsübertragung	70
	(5) Abwicklung über Notaranderkonto	72
	4. Vorkaufsrechte, Genehmigungen und Anzeigepflicht beim Erbteils-	
		74
	kaufvertraga) Vorkaufsrecht der Miterben, § 2034 BGB	74
	b) Vorkaufsrechte bezüglich einzelner Nachlassgegenstände	74
	c) Genehmigungen	74
	d) Anzeige an das Nachlassgericht, § 2384 BGB	74
	5. Sonstiger wesentlicher Inhalt eines Erbteilskaufvertrages	75
	a) Erfüllung, Verschaffungspflicht des Verkäufers	75
	b) Haftung des Verkäufers für Sach- und Rechtsmängel	75
	aa) Rechtsmängel	76
	bb) Sachmängel	76
	c) Übergang von Nutzungen, Lasten und Gefahr	76
	d) Haftung gegenüber Nachlassgläubigern	77
	6. Rechtsfolgen der Erbteilsübertragung	77
	a) Rechtsstellung des übertragenden Miterben	77 7 2
	b) Rechtsstellung des Erwerbers	78
TT 7	c) Grundbuchberichtigung	78
IV.	Nießbrauch am Erbteil	79
	1. Unterschied zwischen Nießbrauch an einem Erbteil und Nießbrauch	70
	an einer Erbschaft	79 79
	b) Nießbrauch an einer Erbschaft	79 79
	c) Nießbrauch am Erbteil	80
	Nießbrauch am Erbten Bestellung des Nießbrauchs	81
	3. Rechtsstellung des Nießbrauchers	81
v	Pfandrecht am Erbteil	82
٧.	1. Bestellung des Pfandrechts	82
	2. Rechtsfolgen	82
	a) Rechtstellung des Pfandgläubigers	82

	SCILC
b) Relatives Verfügungsverbot zugunsten des Pfandgläubigers hin-	
sichtlich einzelner Nachlassgegenstände	83
c) Eintragung des Pfandrechts am Erbteil im Grundbuch	83
d) Pfandrecht und Testamentsvollstreckung	83
e) Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	83
f) Verwertung des Pfandrechts	84
VI. Zwangsvollstreckung in den Erbteil	84
1. Pfändbarkeit des Erbteils	84
a) Erbteil als Pfändungsobjekt	84
b) Zeitraum der Pfändbarkeit	84
c) Exkurs: Gleichzeitige Pfändung des Pflichtteilsanspruchs	84
2. Voraussetzungen der Pfändung	85
a) Allgemeines	85
b) Antrag	85
c) Zuständigkeit	86
3. Pfändungsbeschluss	86
a) Inhalt	86
b) Zustellung des Pfändungsbechlusses	87
4. Rechtsfolgen der Pfändung	87
a) Verstrickung	87
b) Pfändungspfandrecht	88
aa) Inhalt des Pfändungspfandrechts	88
bb) Umfang des Pfändungspfandrechts	88
cc) Rechte des Pfandgläubigers	88
dd) Relatives Verfügungsverbot zugunsten des Pfandgläubigers hin-	
sichtlich einzelner Nachlassgegenstände	88
ee) Eintragung im Grundbuch	89
ff) Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	90
ee) Kein Verfügungsrecht des Pfandgläubigers bezüglich einzelner	
Nachlassgegenstände	90
5. Verwertung des Erbteils	91
a) Überweisung zur Einziehung, §§ 859, 857 Abs. 1, 835 Abs. 1 Alt. 1	
ZPO	91
aa) Überweisungsbeschluss	91
bb) Rechtsfolgen	91
(1) Einvernehmliche Auseinandersetzung	91
(2) Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft gemäß den	
§§ 2042 ff. BGB	91
(3) Vermittlung der Auseinandersetzung gemäß den §§ 363 ff.	
FamFG	92
(4) Verkauf des gepfändeten Erbteils?	92
(5) Nach der Auseinandersetzung	92
b) Anderweitige Verwertung, §§ 859, 857 Abs. 5, 844 ZPO	93
§ 10 Vorkaufsrecht der Miterben, §§ 2034 ff. BGB	94
I. Allgemeines	95
1. Normzweck	95
2. Rechtsnatur des Vorkaufsrechts	95
3. Analoge Anwendung der §§ 463 ff. BGB	96
4. Belehrungspflicht des Notars	96
II. Zum Begriff des "Miterben" in § 2034 BGB	97
III. Voraussetzungen des Vorkaufsrechts	97
1. Wirksamer Kaufvertrag	98
a) Kaufvertrag	98
	VIII
	XIII

	Seite
b) Wirksamkeit des Kaufvertrages	99
aa) Nichtigkeit	99
bb) Schwebende Unwirksamkeit	100
cc) Aufschiebende/auflösende	100
dd) Anfechtung	100
ee) Rücktritt; Aufhebungsvertrag; Störung der Geschäftsgrundlage	101
ff) Analoge Anwendung des § 465 BGB	102
2. Erbteil als Gegenstand des Kaufvertrages	102
3. Miterbe als Verkäufer	102
4. Dritter als Käufer	103
IV. Vorkaufsberechtigung	104
1. Miterbe als Vorkaufsberechtigter	104
2. Gemeinschaftlichkeit	105
3. Unübertragbarkeit, aber Vererblichkeit des Vorkaufsrechts	105
a) Unübertragbarkeit	105
b) Vererblichkeit	105
4. Ausübung des Vorkaufsrechts durch den Testamentsvollstrecker	105
V. Ausübung des Vorkaufsrechts	105
1. Ausübungserklärung gegenüber dem verkaufenden Miterben	105
2. Gemeinschaftliche Ausübung des Vorkaufsrechts	106
3. Frist zur Ausübung, § 2034 Abs. 2 S. 1 BGB	108
a) Frist des § 2034 Abs. 2 S. 1 BGB als Ausschlussfrist	108
b) Empfang der Mitteilung als fristauslösendes Ereignis	108
VI. Rechtsfolgen	110
	110
kaufsrecht ausübenden Miterben	110
Verhältnis zwischen dem verkaufenden Miterben und dem Drittkäufer fer	112
3. Verhältnis zwischen dem das Vorkaufsrecht ausübenden Miterben und	112
dem Drittkäufer	113
VII. Sonderfall des § 2035 BGB	114
1. Allgemeines	114
2. Voraussetzungen der Ausübung des Vorkaufsrechts im Fall des § 2035	111
BGB	114
a) Übertragung auf den Käufer	114
b) Ausübungserklärung gegenüber dem Käufer	114
c) Frist zur Ausübung, § 2034 Abs. 2 S. 1 BGB	114
d) Benachrichtigungspflicht, § 2035 Abs. 2 BGB	114
3. Rechtsfolgen	115
a) Verhältnis zwischen dem das Vorkaufsrecht ausübenden Miterben	
und dem Drittkäufer	115
aa) Gesetzliches Schuldverhältnis	115
bb) Rechte und Pflichten aus dem Schuldverhältnis	116
b) Verhältnis zwischen dem verkaufenden Miterben und dem Dritt-	
käufer	117
c) Verhältnis zwischen dem verkaufenden Miterben und dem das	
Vorkaufsrecht ausübenden Miterben	117
4. Analoge Anwendung des§ 2035 BGB: Übertragung vor Ausübung	117
VIII. Haftungsbefreiung des Käufers gegenüber Nachlassgläubigern, § 2036	
BGB	118
IX. Sonderfall des § 2037 BGB	119
1. Allgemeines	119
2. Tatbestand	120

XV

3. Ausübung des Vorkaufsrechts, §§ 2037, 2035 BGB	
§ 11 Verfügung über Nachlassgegenstände, §§ 2033 Abs. 2, 2040 Abs. 1 BGB I. Grundsätzliches	122 122
§ 2033 Abs. 2 BGB	122 122 123
c) Gutgläubiger Erwerb eines Nachlassgegenstandes vom Miterben 2. Verhältnis von § 2040 Abs. 1 BGB zu § 2038 BGB	123 123
a) Problemaufriss b) Innenverhältnis c) Außenverhältnis	123 124 124
aa) Verhältnis von § 2040 Abs. 1 BGB zu § 2038 Abs. 1 S. 1 BGBbb) Verhältnis von § 2040 Abs. 1 BGB zu § 2038 Abs. 1 S. 2 Hs. 2	125
BGB (Notverwaltungsmaßnahmen)	125 125
(1) Herrschende Auffassung(2) Gegenauffassung	125 125
(3) Ältere Rechtsprechung des BGH(4) Urteil des BGH vom 28.4.2006(5) Urteil des BGH vom 11.11.2009	126 127
 (6) Weitere Entwicklung der Rechtsprechung (7) "Erforderlichkeit" der ordnungsgemäßen Verwaltungsmaßnahme als zusätzliche Voraussetzung einer wirksamen 	128
Mehrheitsverfügung?(8) Grundbuch	129 130
II. Verfügung über Nachlassgegenstände 1. Verfügungsgegenstand 2. Verfügung	130 130 131
a) Verfügungsbegriff	131 131
III. Gemeinschaftlichkeit der Verfügung 1. Allgemeines 2. Stellvertretung; vorherige und nachträgliche Zustimmung	131 131 132
3. Checkliste zu Verfügungen der Erbengemeinschaft	133 134
§ 12 Steuerliche Folgen von Verfügungen der Miterben	136 136
Grundsätze Einkommensteuer	136 136
a) Zum Nachlass gehört Betriebsvermögen	136 136 137
b) Zum Nachlass gehört Privatvermögen	137 137 137

	Seite
c) Zum Nachlass gehört Betriebsvermögen und Privatvermögen	
(sog. Mischnachlass)	138
aa) Unentgeltliche Übertragung eines Erbteils	138
bb) Entgeltliche Übertragung eines Erbteils	138
3. Erbschaftsteuer	138
a) Unentgeltliche Übertragung eines Erbteils	138
b) Entgeltliche Übertragung eines Erbteils	138
4. Grunderwerbsteuer	139
II. Verfügung über einzelne Nachlassgegenstände	139
1. Entgeltliche Verfügung	139
a) Einkommensteuer b) Umsatzsteuer, Grunderwerbsteuer	139 140
2. Unentgeltliche Verfügung	140
3. Nutzungsentscheidungen bzgl. eines einzelnen Nachlassgegenstandes	140
a) Ausgangslage	140
b) Einkommensteuer	140
c) Erbschaftsteuer	141
'	111
Teil D. Minderjährige und Betreute in der Erbengemeinschaft	
§ 13 Grundsätzliches	143
I. Relevanz	143
II. Grundsätzliches zur Minderjährigkeit	143
1. Minderjährigenschutz durch Inventarisierungspflicht	144
2. Minderjährigenschutz durch Haftungsbeschränkung	144
III. Grundsätzliches zur Betreuung	145
Betreuung und Geschäftsfähigkeit Der Aufgabenkreis des Betreuers	145
2. Der Aufgabenkreis des Betreuers	146
IV. Unterschiede zwischen Minderjährigen und Betreuten in der Erbenge-	116
meinschaft	146
§ 14 Annahme und Ausschlagung	148
I. Grundsätzliches	148
1. Besonderheiten bei der Betreuung: Zuständigkeit des Betreuers; Auf-	
gabenbereich	149
2. Besonderheiten bei der Minderjährigkeit: die Genehmigungsfreiheit	
nach § 1643 BGB	150
3. Exkurs: Die Ausschlagung für den nasciturus	153
4. Exkurs: Die Ausschlagung bei nachträglicher Vaterschaftsanerken-	4.50
nung oder -feststellung	153
II. Verfahrensfragen: der Weg zur Genehmigung der Ausschlagung	154
1. Zuständigkeit	154
2. Beginn der Ausschlagungsfrist	154
Hemmung der Ausschlagungsfrist Das Genehmigungsverfahren	155 156
5. Die Weiterleitung der Genehmigung	157
6. Rechtsbehelfe	157
7. Formfragen	158
8. Sondersituationen	159
9. Formulierungsmuster	160
III. Materiell-rechtlicher Maßstab für die Entscheidung über die Genehmi-	-00
gung der Ausschlagung	164
IV. Exkurs: Pflicht zur Ausschlagung?	165
V. Besonderheiten bei der Annahme und Ausschlagung von Vermächtnissen	166
VI. Exkurs: Erbscheinsantrag bei Minderjährigen und Betreuten	167

		Seite
8 1 5	Veräußerung und Verwaltung des Erbanteils	169
3 10	I. Erbanteilsveräußerung und -erwerb	169
	1. Erbanteilsveräußerung	169
	2. Erbanteilserwerb	170
	3. Das Vorkaufsrecht nach § 2034 BGB	171
	4. Sonderfall: Abschichtung	172
	II. Verwaltung des Nachlasses	174
	1. Die Beschlussfassung im Innenverhältnis	174
	a) Ordnungsgemäße Verwaltung b) Notverwaltungsmaßnahmen	174 175
	c) Außerordentliche Verwaltungsmaßnahmen	176
	2. Die Umsetzung im Außenverhältnis	176
	a) Vertretung der Erbengemeinschaft im Außenverhältnis beim	1,0
	Vertragsschluss	176
	b) Handeln beim Verfügungsgeschäft	177
	3. Sonderfall: Einziehung von Forderungen	177
	4. Erfüllung von Vermächtnissen und anderen Ansprüchen	178
	5. Inhaltliche Vorgaben	178
§ 16	Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	180
	I. Erfüllung einer Teilungsanordnung	180
	II. Teilung nach dem GesetzIII. Vereinbarung über die Teilung	181 182
	1. Vertretungsbefugnis	182
	2. § 1822 Nr. 2 BGB: Genehmigungspflicht außer für Eltern	183
	IV. Teilerbauseinandersetzung	183
	V Die verkappte" Erbauseinandersetzung beim Verkauf von Nachlassge-	
	genständen	184
	VI. Sonderfälle der Teilung	185
	VII. Aufschub der Auseinandersetzung	186
e 17	Vididid	107
9 1/	Vermeidungsstrategien und Regelungsmöglichkeiten	187 187
	I. Vermeidung durch letztwillige Verfügung 1. Nichtberücksichtigung	187
	2. Anordnung von Vermächtnissen	188
	3. Alleinerbeinsetzung des Minderjährigen oder Betreuten	189
	4. Anordnung von Testamentsvollstreckung	189
	5. Anordnung nach § 1638 BGB	191
	II. Sonstige Vermeidungsstrategien, insbes. Vollmachten	191
	1. Die trans- bzw. postmortale Vollmacht	192
	2. Unterschiede zwischen Vollmacht und Testamentsvollstreckung	193
	3. Sonderproblem: Alleinerbe oder Miterbe als Bevollmächtigter	195
	4. Widerruf der Vollmacht	196
	5. Vollmachten als Bestandteil letztwilliger Verfügungen	196
	Teil E. Unternehmerisches Vermögen in der Erbengemeinschaft	
8 1 8	Grundsätzliches: Zivilrechtliche Auswirkungen des Erbfalls	199
3 10	I. Unternehmenskontinuität	200
	1. Begriffsdefinition "Unternehmen"/"unternehmerisches Vermögen"	200
	2. Vererblichkeit von unternehmerischem Vermögen	200
	3. Recht zur Firmenfortführung	201
	4. Vertretung, Vollmachten	202

	Seite
5. Öffentlich-rechtliche Erlaubnisse	203
a) Personenbezogene Erlaubnisse	203
b) Unternehmensbezogene Erlaubnisse	203
6. Ausnahmen	204
a) Rechtsformabhängige Einschränkungen	204
aa) Einzelunternehmen	204
bb) Gesellschaft bürgerlichen Rechts	204
cc) Personenhandelsgesellschaft (oHG, KG)	205
dd) Kapitalgesellschaften (GmbH, AG)	205
b) Berufsrechtliche Beschränkungen	205
aa) Kammerzugehörigkeit	205
bb) Handwerksrechtliche Erlaubnisse	205
c) Sonderkündigungsrechte	206 207
II. Wechsel des Unternehmensträgers 1. Erbengemeinschaft als Unternehmensträger	207
a) Geschäftsführung	207
b) Vertretung	208
c) Haftung	208
2. Einzelzuordnung des Unternehmens	209
a) Zuordnung kraft Anordnung des Erblassers	209
b) Zuordnung kraft Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	209
c) Zuordnung kraft Sondererbfolge	209
III. Liquidität des Unternehmens	209
1. Forderungen und Verbindlichkeiten des Unternehmens	209
2. Erbfallbezogene Liquiditätsbelastungen	
a) Abfindung weichender Erben	210
b) Pflichtteilslast	210
a) Abfindung weichender Erben b) Pflichtteilslast	210
IV. Alternativen zur Fortführung durch die Erben	210
1. Testamentsvollstreckung	210
2. Verkauf, Verpachtung	211
a) Verkauf	211
b) Verpachtung	211
3. Betriebsunterbrechung	211
4. Betriebsaufgabe	211
5. Stiftungsgründung	211
V. Beteiligung Dritter am Unternehmen	212
1. Nießbrauchsvermächtnis	213
2. Dauernde Last/Rentenvermächtnis	
3. Einräumung stiller Beteiligung/Unterbeteiligung	
a) Stille Gesellschaft	
b) Unterbeteiligung	213
c) Steuerrecht	214
VI. Unternehmensbezogene Anzeigepflichten	214 214
1. Handelsregister	214
2. Weitere Meldepflichten	214
§ 19 Einzelunternehmen	216
I. Vererblichkeit	216
	216
Gegenstand der Vererbung a) Einzelunternehmen als Sachgesamtheit	216
b) Betriebsaufspaltung	216
2. Ausnahmen von der Vererblichkeit	218
2. Hushammen von der vereronenkeit	210

	Seite
3. Firmenfortführung	219
II. Erbengemeinschaft als neuer Unternehmensträger	219
1. Auswirkungen auf Rechtsform des Unternehmens	
a) Originäre Erbengemeinschaft	219
b) Veräußerung des Erbteils	220
c) Umwandlung in andere Rechtsform	221
2. Geschäftsführung	
a) Grundsatz: gemeinschaftliche Verwaltung	
b) Maßnahmen ordnungsgemäßer Verwaltung	223
c) Maßnahmen außerordentlicher Verwaltung	223
3. Vertretung des Unternehmens	223
a) Grundsatz gemeinschaftlicher Vertretung	223
b) Fortbestand bisheriger Vertretungsbefugnisse	223
c) Vollmachterteilung. Prokura	
4. Haftung	224
a) Erbrechtliche Haftung	224
b) Handelsrechtliche Haftung	224
c) Steuerrechtliche Haftung	225
III. Testamentsvollstreckung	225
1. Abwicklungsvollstreckung	225
2. Dauervollstreckung	226
a) Vollmachtlösung	226
b) Treuhandlösung	226
IV. Handelsregisteranmeldung	227
§ 20 Personengesellschaften	231
I. Personengesellschaft als Unternehmensträger	231
1. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	232
a) Gesetzliche Grundregel	
b) Vertragliche Regelungsmöglichkeiten	
aa) Fortsetzungsklausel	232
bb) Erbrechtliche Nachfolgeklausel	
cc) Gesellschaftsrechtliche Nachfolgeklausel	
dd) Eintrittsklausel	
c) Haftung der Erben	
d) Testamentsvollstreckung	
aa) Nachlasszugehörigkeit des GbR-Anteils	
bb) Zulässigkeit der Testamentsvollstreckung	
(1) Abwicklungsvollstreckung	
(2) Dauervollstreckung	
cc) Ausweichgestaltungen	
(1) Vollmachtlösung	
(2) Treuhandlösung	237
(3) Weisungsgeberlösung	238
e) Registeranmeldung	238
aa) Handelsregister	238
bb) Grundbuch	238
2. Offene Handelsgesellschaft	239
a) Gesetzliche Grundregel	239
b) Vertragliche Regelungsmöglichkeiten	239
c) Haftung der Erben	239
d) Testamentsvollstreckung	240
e) Registeranmeldung	240

		Seite
	2 W 11 1 (-// 11 C 111 0- C WC)	
	3. Kommanditgesellschaft (inkl. GmbH &. Co. KG)	240
	a) Gesetzliche Grundregel	
	aa) Tod des Komplementärs	
	bb) Tod eines Kommanditisten	
	b) Vertragliche Regelungsmöglichkeiten	
	c) Haftung der Erben	
	d) Testamentsvollstreckung	
	e) Registeranmeldung	
	4. Partnerschaftsgesellschaft	242
	a) Gesetzliche Grundregel	242
	b) Vertragliche Regelungsmöglichkeiten	243
	c) Allgemeines	243
	5. Stille Gesellschaft/Unterbeteiligung	
	a) Stille Gesellschaft	243
	b) Unterbeteiligung	244
	c) Testamentsvollstreckung	244
	II. Erweitertes unternehmerisches Vermögen (Sonderbetriebsvermögen)	244
§ 21	Kapitalgesellschaften	246
	I. Kapitalgesellschaft als Unternehmensträger	246
	1. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	246
	a) Gesetzliche Grundregel	246
	b) Vertragliche Regelungsmöglichkeiten	248
	aa) Vinkulierungsklauseln	248
	bb) Einziehungsklauseln	249
	cc) Zwangsabtretungsklauseln	250
	cc) Zwangsabtretungsklauseln c) Haftung der Erben d) Testamentsvollstreckung	250
	d) Testamentsvollstreckung	251
	e) Registeranmeldung	251
	2. Aktiengesellschaft	251
	a) Gesetzliche Grundregel	
	b) Vertragliche Regelungsmöglichkeiten	
	c) Haftung der Erben	
	d) Testamentsvollstreckung	
	e) Registeranmeldung	
	3. Kommanditgesellschaft auf Aktien	
	a) Gesetzliche Grundregel	
	aa) Tod des Komplementärs	
	bb) Tod des Kommanditaktionärs	
	b) Vertragliche Regelungsmöglichkeiten	
	c) Haftung der Erben	
	d) Testamentsvollstreckung	254
	a) Paristaneousldung	254
	e) Registeranmeldung	
	II. Erweitertes unternehmerisches Vermögen	254
	1. Betriebsaufspaltung	255
	2. Gesellschafterdarlehen	255
8 22	Stavarlicha Reconderhaiten hai unternahmeniasham Varra äsan	256
8 77	Steuerliche Besonderheiten bei unternehmerischem Vermögen	
	I. Grundsätze	257
	1. Einkünfteermittlung	257
	2. Einkünfteabgrenzung	257
	II. Einzelunternehmen	257
	1. Einkommensteuer	257
	2. Erbschaftsteuer	259

	Seite
III. Freiberufler-Praxis	259
1. Grundsätze	259
2. Einkommensteuer	259
3. Erbschaftsteuer	261
IV. Stille Gesellschaftsbeteiligung des Erblassers	261
1. Einkommensteuer	261
a) Typisch stille Gesellschaft	261
b) Atypisch stille Gesellschaft	262
c) Unterbeteiligung	262
2. Erbschaftsteuer	264 264
a) Typisch stille Gesellschaft	264
b) Atypisch stille Gesellschaft	264
1. Allgemeines	264
2. Fortsetzung der Gesellschaft durch die übrigen Gesellschafter oder	204
Auflösungsklausel	265
a) Zivilrecht	265
b) Ertragsteuerrecht	265
c) Erbschaftsteuerrecht	266
3. Eintrittsklausel	266
a) Ertragsteuerrecht	266
b) Erbschaftsteuerecht	267
4. Einfache Nachfolgeklausel	267
a) Zivilrechtb) Ertragsteuerliche Folgen	267
b) Ertragsteuerliche Folgen	267
c) Erbschaftsteuerrecht 5. Qualifizierte Nachfolgeklausel	268
5. Qualifizierte Nachfolgeklausel	268
a) Zivilrecht	268
b) Ertragsteuerrecht	268
c) Erbschaftsteuerrecht	268
6. Gewerbesteuer	269
VI. Anteile an Kapitalgesellschaften im Nachlass	270
1. Einkommensteuer	270
2. Erbschaftsteuer	272 272
VII. Betriebsaufspaltung	272
Wegfall personelle Verflechtung	273
2. Wegian personene verneentung	2/3
Teil F. Die Verwaltung der Erbengemeinschaft	
§ 23 Grundsätzliches	275
I. Grundlagen	275
II. Begriffserläuterung	276
III. Nachlassverwaltung	276
IV. Berechtigte und Verpflichtete	276
1. Gesetzliche Ausnahmen	276
2. Anordnungen des Erblassers	277
3. Mehrheitsentscheidungen der Erbengemeinschaft	277
V. Die drei Arten der Nachlassverwaltung	277
1. Maßnahmen der ordnungsgemäßen Verwaltung	277
a) Mitwirkungspflichten	277
b) Feststellung der erforderlichen Mehrheit	278
c) Handeln ohne Mehrheitsbeschluss	278
d) Außenwirkung des Mehrheitsbeschlusses	278

		Seite
	2. Die zur Erhaltung des Nachlasses oder einzelner Nachlassgegenstände	
	notwendigen Maßnahmen	278
	3. Außerordentliche Verwaltungsmaßnahmen	278
8 24	Ordnungsgemäße Verwaltung, § 2038 BGB	280
8 2 1	I. Begriffserläuterungen	280
	II. Verwaltungsmaßnahmen	281
	1. Verwaltungsmaßnahmen: Ja	281
	2. Verwaltungsmaßnahmen: Nein	282
	III. Ordnungsgemäße Verwaltung	282
	1. Mehrheitsbeschluss	283
	2. Ordnungsgemäßheit	283
	3. Außenwirkung	283
	4. Umsetzung durch Verfügung	284
	IV. Erforderlichkeit der Verwaltungsmaßnahme	287
	V. Mitwirkungspflichten bei der Verwaltungsmaßnahme	288
	VI. Verteilung der Früchte	288
	VII. Recht auf Gebrauch von Nachlassgegenständen und Anspruch auf Benut-	_00
	zungsregelung §§ 2038 Abs. 2, 743 Abs. 2 BGB	289
	VIII. Verteilung der Lasten	289
	IX. Teilung des Reinertrages	290
	X. Beschluss der Erbengemeinschaft, die Verwaltung auf einen Verwalter zu	
	übertragen	290
	XI. Rechtsfolgen	290
	1. Fall außerordentlicher Verwaltung gemäß § 2038 Abs. 1 S. 1 BGB	291
	a) Gemeinschaftliches Handeln	291
	b) Kein gemeinschaftliches Handeln	291
	2. Maßnahme ordnungsgemäßer Verwaltung § 2038 Abs. 1 S. 2 Hs. 1	291
	a) Fall ordnungsgemäßer Verwaltung liegt vor	291
	b) Fall ordnungsgemäßer Verwaltung liegt nicht vor	292
	3. Verletzung der Mitwirkungspflichten	292
	a) Vor der beabsichtigten Maßnahme	292
	b) Nach der beabsichtigten Maßnahme	292
	4. Maßnahmen gegen einen nicht zustimmenden Erben im Rahmen der	
	ordnungsgemäßen Verwaltung	292
	5. Schadensersatz	293
825	Außerordentliche Verwaltung, § 2038 Abs. 1 S. 2 Hs. 1	294
g 23	I. Allgemeines und Begriffserläuterung	294
	II. Außerordentlichkeit	294
	III. Gemeinschaftliches Handeln	296
	1. Innenverhältnis	296
	2. Außenverhältnis	296
	a) Allgemeines	296
	b) Verpflichtungsgeschäft	296
	c) Verfügungsgeschäft	297
e 27	Ni	200
g 26	Notverwaltung, § 2038 Abs. 1 S. 2 Hs. 2	299 299
	I. Allgemeines	300
	II. Voraussetzungen	300
	2. Notwendigkeit	300
	4. INDIWEHUIZKEIL	500

		Seite
	III. Beispiele	300
	1. Anerkannte notwendige Verwaltungsmaßnahmen:	300
	2. Keine Notverwaltungsmaßnahmen	301
	IV. Wirkung der Notverwaltungsmaßnahmen	
	1. Vorliegen der Voraussetzungen der Notverwaltungsmaßnahme	
	2. Fehlen der Voraussetzungen der Notverwaltungsmaßnahme	302
	2. Temen der voraussetzungen der rvotverwartungsmasmannte	302
8 27	Ausschluss der Erben von der Verwaltung	303
8 47	I. Allgemeines	303
	II. Ausschluss durch Gesetz	303
	III. Ausschluss durch den Erblasser	303
	1. Allgemeines	303
	2. Testamentsvollstreckung	304
	3. Weitere letztwillige Anordnung des Erblassers	304
	IV. Ausschluss durch die Miterben	304
	IV. Aussemuss durch die Mitterben	304
8 2 8	Auskunft und Rechnungslegung	305
8 20	I. Grundsätzliches	305
	II. Allgemeine Auskunftsansprüche unter Miterben	305
	III. Auskunfts- und Rechenschaftsansprüche gemäß § 666 BGB	307
	Anspruchsgläubiger und Anspruchsschuldner	307
	2. Tatbestand und Anspruchsinhalt	
	3. Erlöschen der Ansprüche	309
	4. Widerruf einer Vollmacht	310
	5. Strafrechtliche Bezüge	311
	6. Prozessuales	
	DIE FACHBUCHHANDLU	311
8 20	Nachlassforderungen, §§ 2039, 2040 Abs. 2 BGB	313
8 27	I. Grundsätzliches	313
	II. Einziehungsbefugnis und Prozessstandschaft	313
	III. Zum Nachlass gehörende Ansprüche	315
	IV. Erfüllung und Erfüllungssurrogate	316
	V. Sonstige Einwendungen und Einreden gegen Nachlassforderungen	317
	v. sonstige Entwendungen und Entreden gegen Paemassforderungen	317
8 30	Surrogation von Rechten und Gegenständen, § 2041 BGB	320
, 50	I. Grundsätzliches	320
	II. Rechtssurrogation	321
	III. Ersatzsurrogation	322
	IV. Beziehungssurrogation	323
	V. Nachlasszugehörigkeit	325
	VI. Prozessuales	325
§ 31	Testamentsvollstreckung in der Erbengemeinschaft	327
	I. Allgemeines	328
	1. Zweck der Testamentsvollstreckung	328
	2. Rechtsstellung des Testamentsvollstreckers	328
	3. Die Bedeutung der Testamentsvollstreckung	329
	4. Ziele der Testamentsvollstreckung	329
	II. Aufgaben und Arten der Testamentsvollstreckung	330
	III. Ernennung des Testamentsvollstreckers	330
	IV. Wer kann Testamentsvollstrecker sein?	331
	V. Beginn des Testamentsvollstreckeramtes	332
	1. Allgemeines	332

	Seite
2 A 1 1 A .	
2. Annahme des Amtes	332
3. Nachweis des Amtes	332
4. Höchstpersönliche Verpflichtung	
VI. Aufgaben der Testamentsvollstreckung in der Erbengemeinschaft	
Allgemeines Benachrichtigungs- und Auskunftspflichten	
a) Benachrichtigung der Erben	333
b) Auskunftspflicht	333
c) Rechenschaftslegung	334
d) Herausgabepflicht gem. § 2218 Abs. 1 iVm § 667	336
e) Verzinsung § 668	336
f) Aufwendungsersatzanspruch § 670	336
3. Nachlassverzeichnis	336
a) Allgemeines	336
b) Inhalt	337
4. Verwaltung des Nachlasses, Verfügungsbefugnis und -beschränkungen,	007
§§ 2205, 2206, 2207	337
a) Allgemeines	337
b) Verfügungen über Nachlassgegenstände	338
c) In-Sich-Geschäfte des Testamentsvollstreckers	338
d) Schenkungsverbot	338
e) Verpflichtungsbefugnisse gem. § 2206 Abs. 1	339
aa) Allgemeines	339
bb) Einwilligung der Erben § 2206 Abs. 2	340
f) Verbindlichkeiten zu einer Verfügung über Nachlassgegenstände	
gem. § 2206 Abs. 1 S. 2	340
5. Auseinandersetzung des Nachlasses § 2204	340
a) Allgemeines 212 17 (C1112 C1111 / (1112 C11111 / (1112 C1111 / (1112 C11111 / (1112 C11111 / (1112 C1111 / (1112 C1111 / (1112 C1111 / (1112 C1111 / (111	340
b) Auseinandersetzung nach dem Gesetz	340
aa) Allgemeines	340
bb) Auseinandersetzungsplan	340
c) Erbauseinandersetzungsvertrag	341
6. Testamentsvollstreckung mit beschränktem Aufgabenkreis § 2208	342
a) Allgemeines	342
b) Inhaltliche Beschränkung	342
c) Gegenständliche Beschränkung	342 342
d) Beschränkung auf den Erbteil	
e) Beaufsichtigende Testamentsvollstreckung f) Nacherbentestamentsvollstrecker § 2222	
g) Testamentsvollstreckung zur Vermächtniserfüllung § 2223	
h) Testamentsvollstreckung für Vermächtnisnehmer	
7. Testamentsvollstreckung mit erweitertem Aufgabenkreis	
VII. Testamentsvollstreckung im Prozess §§ 2212, 2213	344
1. Allgemeines	344
2. Aktivprozesse § 2212	344
3. Passivprozesse § 2213	344
VIII. Pflichtteilsansprüche § 2213 Abs. 1 S. 3	344
IX. Haftung des Testamentsvollstreckers § 2219	345
1. Allgemeines	345
2. Anspruchsberechtigte	345
3. Haftungsvoraussetzungen	346
X. Vergütung des Testamentsvollstreckers § 2221	346
1. Allgemeines	346

		c ·
		Seite
	2. Angemessene Vergütung	347
	XI. Beendigung des Testamentsvollstreckeramtes	347
	1. Beendigungsgründe	347
	2. Folgen der Beendigung	348
§ 32	Laufende Besteuerung der Erbengemeinschaft	349
-	I. Zurechnung und Ermittlung der laufenden Einkünfte	349
	1. Allgemeines	349
	2. Gewinneinkünfte	349
	3. Überschusseinkünfte	350
	a) Einkünfte aus Kapitalvermögen	350
	b) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	352
	c) Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften	355
	4. Einkünftezurechnung zwischen Erbfall und Vermächtniserfüllung	356
	II. Sonderausgaben	356
	III. Feststellungsverfahren	357
	Teil G. Auseinandersetzung	
6 22	Grundsätzliches	359
8 33	I. Begriff	360
	II. Rangfolge der Regelungen	360
	III. Abgrenzung zur Verwaltungsmaßnahme	360
	VI. Entbehrlichkeit der Auseinandersetzung	360
	V. Verhältnis zu Ausgleichungspflichten und Ansprüchen aus § 2087 BGB	360
	VI. Verhältnis zur haftungsrechtlichen Nachlassteilung	360
	VII. Auseinandersetzung und Verjährung VIII. Auseinandersetzung und Steuern	361
	IX. "Versehentlich unvollständige Auseinandersetzung"	361
8 34	Recht auf Auseinandersetzung	362
831	I. Grundsätzliches	362
	II. Berechtigter	362
	III. Verpflichteter	363
	IV. Inhalt des Anspruchs	363
§ 35	Teilungsreife	365
	I. Aufschub der Auseinandersetzung	365
	1. Allgemeines	365
	2. Unbestimmtheit der Erbteile	365
	a) Allgemeines	365
	b) Zu erwartende Geburt eines Miterben	365
	c) Annahme als Kind/Aufhebung des Annahmeverhältnisses	365
	d) Anerkennung einer vom Erblasser errichteten Stiftung als rechts-	200
	fähig	366
	3. Aufgebotverfahren	366
	II. Ausschluss der Auseinandersetzung	366
	1. Durch Anordnung des Erblassers (§ 2044 BGB)	366
	2. Durch Vereinbarung der Miterben (§ 2042 Abs. 2 iVm § 749 Abs. 2 BGB)	369
	,	307
§ 36	Nachlassverbindlichkeiten	371
	I. Grundsätzliches	371
	II. Erblasserschulden	372
	1. Definition	372

	Seite
3. Beispielsfälle	373
a) Verbindlichkeiten aus Darlehen, Bürgschaften und Kontokor-	272
rentb) Verbindlichkeiten aus selbstständiger Tätigkeit und Geschäfts-	373
beteiligungen des Erblassers	373
c) Steuerschulden	374
d) Rückforderung überzahlter Renten und Pensionen	377
e) Verbindlichkeiten aus rechtskräftigen Entscheidungen	377
aa) Aus zivilrechtlichen und öffentlichrechtlichen	
Entscheidungen	377
bb) Verbindlichkeiten aus strafrechtlichen Entscheidungen	377
f) Kosten des Betreuers des Erblassers	377
g) Rückforderung von Zuwendungen	378
aa) Rückforderung von Schenkungen	378
bb) Rückforderung von ehebedingten Zuwendungen nach	
Beendigung der Ehe durch Ableben eines Ehegatten	378
h) Rückforderung von gemeinschaftsbezogenen Zuwendungen	
nach Beendigung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft	200
durch Ableben eines Partners	380
i) Rückforderung von gemeinschaftsbezogenen Zuwendungen	
nach Beendigung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	200
durch Ableben eines Partners	380
Schwiegerkind	381
k) Zugewinnausgleichsansprüche	381
l) Unterhaltenflichten	382
l) Unterhaltspflichten	382
bb) Ansprüche auf nachehelichen Ehegattenunterhalt	382
cc) Ansprüche nach §§ 1615l, 1615n BGB	383
dd) Ansprüche nach § 1963 BGB	383
m) Pflegeverpflichtungen aus Übergabeverträgen	383
n) Ansprüche der Sozialleistungsträger	384
o) Verträge zu Gunsten Dritter	384
III. Erbfallschulden	385
1. Definition	385
2. Beerdigungskosten nach § 1968 BGB	385
3. Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche	386
4. Vermächtnisansprüche	387
5. Ansprüche betreffend Ausbildungsunterhalt nach § 1371 Abs. 4 BGB	387
6. Der Voraus gem. § 1932 BGB	387
7. Dreißigster gem. § 1969 BGB	388
8. Nachlasskosten und Erbschaftsverwaltungskosten	389
IV. Nachlasserbenschulden	389
1. Definition	389
2. Abgrenzung zu Eigenverbindlichkeiten des Erben	390
3. Beispielfälle	390
§ 37 Ausgleichung von lebzeitigen Zuwendungen des Erblassers	392
I. Grundsätzliches	392
II. Abkömmlinge als Erben	393
1. Abkömmlinge	393
2. Gesetzliche Erbfolge	393
3. Weitere Abkömmlinge als Ersatzerben eines weggefallenen Abkömm-	
lings (§ 2051 BGB)	393
VVVI	

		Scite
	4. Ausgleichungspflicht bei gewillkürter Erbfolge (§ 2052 BGB)5. Zuwendungen an entferntere oder angenommene Abkömmlinge	395
	(§ 2053 BGB)	395
	III. Der Erblasserbegriff im Rahmen der Ausgleichung nach §§ 2050 ff. BGB	396
	IV. Die Ausgleichung bei Zuwendungen aus dem Gesamtgut (§ 2054 BGB)	398
	V. Die Durchführung der Ausgleichung	399
	1. Zuwendungen, die der Ausgleichungspflicht unterliegen	399
	2. Die ausgleichungspflichtigen Zuwendungen im Sinne von § 2050 BGB	400
	im Einzelnen	402
	a) Die Ausstattung	402
	b) Zuschüsse zum Zwecke der Verwendung als Einkünfte und Auf-	407
	wendungen für die Vorbildung zu einem Berufaa) Zuschüsse zum Zwecke der Verwendung als Einkünfte	407 408
		409
	bb) Aufwendungen für die Vorbildung zu einem Berufcc) Übermaß der Zuwendungen im Sinne von § 2050 Abs. 2 BGB	409
	c) Andere Zuwendungen gem. § 2050 Abs. 3 BGB	411
	3. Die Bewertung des Vorempfangs bei der Ausgleichung	412
	4. Die Durchführung der Ausgleichung bei der Auseinandersetzung des	712
	Nachlasses/ Teilerbauseinandersetzung/Die vergessene Ausgleichung	413
	5. Mehrempfang eines Miterben nach § 2056 BGB	414
	6. Die Auskunftspflicht gem. § 2057 BGB	414
	7. Ausgleichungspflicht bei besonderen Leistungen eines Abkömmlings	1
	gem. § 2057a BGB	415
	a) Grundsätzliches	415
	b) Mitarbeit im Haushalt, Beruf oder Geschäft des Erblassers	416
	c) Erhebliche Geldleistungend) Leistungen in anderer Weised.	416
	d) Leistungen in anderer Weise	417
	e) Pflegeleistungen gegenüber dem Erblasser während längerer Zeit	417
	f) Wegfall des Ausgleichsanspruches wegen Gewährung oder Verein-	
	barung eines Entgeltes bzw. eines Entgeltanspruchs aus anderem	
	Rechtsgrund	417
	g) Erbringung der Leistung durch den Abkömmling	418
	h) Ermittlung des Ausgleichsbetrages	418
	i) Durchführung der Ausgleichung nach § 2057a BGB	418 419
	VI. Besondere Fallkonstellationen:	420
	1. Gleichzeitige Ausgleichung von Zuwendungen nach § 2050 BGB und	720
	von Leistungen gemäß § 2057a BGB	420
	2. Ausgleichung und Teilungsanordnung	420
	3. Die Ausgleichung nach § 2057a BGB und die Pflichtteilsergänzung	
	nach § 2329 BGB	420
	VII. Prozessuales bezüglich §§ 2055, 2057a BGB	
§ 38	Ansprüche nach § 2287 BGB innerhalb der Erbengemeinschaft	
	I. Grundsätzliches	423
	II. Bindung des Erblassers an eine letztwillige Verfügung	423
	III. Schenkung des Erblassers	423
	IV. Objektive Beeinträchtigung	423 424
	V. Beeinträchtigungsabsicht des Erblassers	424
	benben	424
	VII. Anspruch des beeinträchtigten Miterben	424
	VIII. Zusammentreffen von Ansprüchen gem. § 2287 BGB mit einer Ausglei-	147
	chung nach §§ 2050 ff. BGB	424
	V	VVIII

		Seite
	IX. Auskunftsrecht	425
	X. Prozessuales	425
§ 39	Auseinandersetzungsmöglichkeiten	426
	I. Grundsätzliches	427
	II. Vereinbarung der Miterben	428
	III. Auslegungsvertrag und Erbvergleich	429
	1. Grundsätzliches	429
	2. Auslegungsvertrag	429
	3. Erbvergleich	432
	IV. Auseinandersetzungsanordnung des Erblassers	433
	1. Grundsätzliches	433
	2. Zweck und rechtliche Wirkung	433
	3. Abgrenzung Teilungsanordnung/Vorausvermächtnis	435
	4. Überquotale Teilungsanordnung	436
	5. Auseinandersetzung nach billigem Ermessen eines Dritten	437
	6. Bewertung	438
	V. Testamentsvollstreckung	438
	VI. Übernahmerecht	439
	VII. Auseinandersetzungsvertrag	440
	VIII. Vermittlungsverfahren gemäß §§ 363–376 FamFG	444
	1. Grundsätzliches	
	2. Voraussetzungen	
	3. Verfahrensverlauf	446
	a) Allgemeines	446
	b) Termin zur Verhandlung über vorbereitende Maßnahmen	446
	(§ 366 FamFG)	
	aa) Vorbereitende Maßnahmen	446
	bb) Ladung zum Termin (§ 365 FamFG)	
	cc) Erscheinen der Beteiligten	446
	dd) Beurkundung der Vereinbarung	447
	ee) Versäumnisverfahren	447 447
	c) Termin zur Verhandlung über den Auseinandersetzungsplan	
	aa) Inhalt	447
	bb) Beurkundung	447 448
	cc) Nichterscheinen eines Beteiligten	448
	dd) Genehmigungend) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	448
	e) Aussetzung bei Streit	448
	f) Los	448
	g) Wirkungen	449
	h) Rechtsmittel	449
	IX. Teilung in Natur	450
	1. Grundsätzliches	450
	2. Durchführung	451
	3. Zwangsweise Durchsetzung	452
	4. Unteilbare Gegenstände	452
	a) Allgemeines	452
	b) Veräußerungsfähigkeit	453
	c) Pfandverkauf	453
	d) Scheitern des Verkaufs	454
	X. Versteigerung unter den Miterben gem. § 753 Abs. 1 S. 2	
	XI. Teilungsversteigerung	455
	1. Grundsätzliches	455

		Seite
	2. Das Verfahren im Einzelnen	455
	a) Allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen	455
	b) Antragsberechtigter/ Antragsgegner	455
	c) Anordnungsbeschluss	456
	d) Einstweilige Einstellung	456
	e) Geringstes Gebot	456
	f) Versteigerungserlös	457
	XII. Teilauseinandersetzung durch Abschichtung	458
	1. Grundsätzliches	458
	2. Abschichtung	459
	a) Voraussetzungen und Rechtsnatur	459
	b) Formbedürftigkeit	459
	c) Rechtsfolgen	460
	XIII. Auseinandersetzungsklage	461
	1. Grundsätzliches	461
	2. Zulässigkeit und Begründetheit	463
	a) Zulässigkeitserfordernisse	463
	b) Parteien	464
	c) Klageantrag	464
	d) Urteilswirkung/Vollstreckung	464
	e) Streitwert/ Kosten	465
	f) Schiedsgericht	465
	g) Zuweisungsverfahren	465
	XIV. Klagemuster und Teilungsplan	465
	1. Muster: Feststellungsklage	465
	Muster: Auskunftstufenklage Muster: Auseinandersetzungsklage Muster: Zahlungsklage	466
	3. Muster: Auseinandersetzungsklage	468
	4. Muster: Zahlungsklage	469
	5. Checkliste: Teilungsplan	470
8 40	Haftung und Haftungsbegrenzungsmöglichkeiten vor der Teilung	472
8 40	I. Grundsätzliches	473
	1. Haftungsrisiken in der Erbengemeinschaft	473
	2. Teilung als Zäsur	474
	3. Gefährdung und Schutz des Eigenvermögens	475
	4. Umgang mit Nachlassverbindlichkeiten in der Erbengemeinschaft	475
	II. Haftung für Nachlassverbindlichkeiten und erbfallbedingte Eigenschul-	173
	den	475
	1. Rechtsgrundlage, Begriff und Abgrenzung	475
	2. Arten von Nachlassverbindlichkeiten	476
	a) Unterscheidung nach dem Entstehungszeitpunkt	476
	b) Zivilrechtliche und öffentlich-rechtliche Verbindlichkeiten	477
	c) Gemeinschaftliche und nichtgemeinschaftliche Nachlassverbind-	• , ,
	lichkeiten und Haftungsverteilung im Innenverhältnis	481
	3. Erbfallbedingte Eigenschulden der Miterben	482
	a) Haftung der Miterben nach Auftragsrecht gemäß §§ 1978, 1979	.02
	BGB	482
	b) Aus der Miterbenstellung drohende (weitere) Schadensersatz-	.02
	pflichten	483
	4. Sonderfall: Unternehmen im Nachlass	483
	a) Einzelunternehmen	483
	b) Offene Handelsgesellschaft	484
	c) Kommanditgesellschaft	485
	d) Partnerschaftsgesellschaft	485
	·	

	Seite
e) BGB-Gesellschaft	486
f) Kapitalgesellschaft	486
III. Haftungsschuldner	486
1. Die Miterben und die Erbengemeinschaft als Gesamthand	486
2. Haftungsschuldner neben den Erben	487
a) Gesamtschuldnerische Erblasserschulden	487
b) Erbteilserwerber	488
IV. Haftungsmasse	488
1. Nachlassaktiva zum Zeitpunkt des Erbfalls	488
2. Surrogation gemäß § 2041 BGB	488
3. Früchte und gezogene Nutzungen	489
4. Ansprüche gemäß §§ 1978,1979 BGB	490
5. Gemeinschaftlicher Nachlass und Sonderrechtsnachfolge	490
6. Nachlass als Sondervermögen	490
a) Fehlende Rechtsfähigkeit des Nachlasses	491
b) Nachlass unter Testamentsvollstreckung oder Nachlass-	
verwaltung	491
7. Eigenvermögen der Miterben	491
8. Inventar	492
a) Zweck und Wirkung	492
b) Wirksame Inventarerrichtung	493
aa) Die Möglichkeiten der Inventarerrichtung	
bb) Inventarerrichtung in der Erbengemeinschaft	493
c) Inventarfrist	493
d) Richtigkeit und Vollständigkeit des Inventars	
e) Umfang der Vermutungswirkung des § 2009 BGB	495
f) Auswirkung der Inventaruntreue auf die Haftungsbeschränkung	495
V. Inanspruchnahme der Miterben	
1. Gesamtschuldklage, § 2058 BGB	496
2. Gesamthandsklage, § 2059 Abs. 2 BGB	497
3. Auslegung der Klage	497
4. Gemeinschaftliche Nachlassverbindlichkeiten und Nachlassverbind-	
lichkeiten einzelner Miterben ("Erbteilschuld")	497
VI. Haftungsabwehr und -beschränkung (vor Teilung) – Überblick	498
1. Haftungsabwehr	498
2. Haftungsbeschränkung	498
VII. Haftungsabwehr und -beschränkung vor Annahme der Erbschaft	499
1. Ausschlagung, § 1945 BGB	499
2. Schutz vor Klagen, § 1958 BGB	500
3. Schutz vor Zwangsvollstreckungsmaßnahmen ins Eigenvermögen	501
VIII. Die allgemeinen Haftungsabwehr- und -beschränkungsmöglichkeiten	504
nach Annahme der Erbschaft (und vor Teilung)	
1. Anfechtung der Annahme	
2. Aufschiebende Einreden	501
a) Dreimonatseinrede, § 2014 BGB	501
aa) Zweck	501
bb) Einredeberechtigte	502
cc) Befristung der Einrede	502
dd) Persönliche Beschränkung der Einrede	502
ee) Wirkung	502
b) Einrede des Aufgebotsverfahrens, § 2015 BGB	503
aa) Zweck	503
DOLE INTEGENETECTIONE	1117

	Seite
cc) Befristung der Einrede	503
dd) Persönliche Beschränkung der Einrede und Wirkung	503
3. Endgültige Haftungsbeschränkung	504
a) Vereinbarung	504
b) Öffentliches Aufgebotsverfahren und Ausschließungseinrede,	
§§ 1970–1974 BGB	504
aa) Zweck	504
bb) Antragsberechtigte	504
cc) Ablauf des Aufgebotsverfahrens	505
dd) Betroffene und nicht betroffene Gläubiger	505
ee) Wirkung	505
(1) Ausschließungseinrede, § 1973 BGB	505
(2) Rangfolge der Gläubiger	505
(3) Der Überschuss als eigene Haftungsmasse	506
(4) Ausgestaltung als Einrede	506
c) Verschweigungseinrede, § 1974 Abs. 1 BGB	507
aa) Betroffene Gläubiger	507
bb) Verschweigung	507
cc) Frist	507
dd) Keine Kenntnis der Erben oder Anmeldung im Aufgebots-	
verfahren	507
ee) Keine unbeschränkte Haftung des Miterben	508
ff) Wirkung	508
d) Einrede des § 770 Abs. 2 BGB analog und Zurückbehaltungsrecht	
gemäß § 273 BGB	508
e) Nachlassverwaltung, § 1975 BGB	509
aa) Zweck	509
e) Nachlassverwaltung, § 1975 BGB	509
cc) Antragsfrist	510
dd) Verfahren	510
ee) Wirkung	511
f) Nachlassinsolvenz, § 1975 BGB	511
aa) Zweck	511
bb) Antragsberechtigung	511
cc) Verfahren	511
dd) Wirkung	512
g) Dürftigkeitseinrede, § 1990 BGB	512
aa) Zweck	512
bb) Dürftigkeit zum Zeitpunkt der Entscheidung über die	
Einrede	513
cc) Keine allgemein unbeschränkbare Haftung des Miterben	513
dd) Wirkung und Folgen der Dürftigkeitseinrede	513
h) Überschwerungseinrede, § 1992 BGB	513
i) Einrede der Verjährung	514
IX. Die spezielle Haftungsbeschränkung für Miterben (vor Teilung), § 2059	
Abs. 1 BGB	515
1. Zweck	515
2. Teilung	516
a) Dinglich vollzogene Verteilung der Nachlassgegenstände	516
b) Verteilung einzelner Nachlassgegenstände und Abfindung einzelner	
Erben	516
c) Sonderrechtsnachfolge hinsichtlich der wesentlichen Nachlassge-	
genstände	516

	Seite
d) Übertragung des gesamten Nachlasses auf einen Miterben	517
e) Teilung als willentlicher Akt der Erben	517
3. Kein Wegfall der Erbengemeinschaft	
4. Wirkung der Einrede der beschränkten Erbenhaftung	
5. Geltendmachung der Einrede	519
6. Bedeutung der Einrede für das Innenverhältnis zwischen den Miter-	0 1)
ben	519
X. Der Miterbe als Nachlassgläubiger	519
1. Haftungsbeschränkung gemäß §§ 2059 Abs. 1, 2063 Abs. 2 BGB	519
2. Der Miterbe als originärer Nachlassgläubiger	520
3. Innenausgleichsanspruch gemäß § 426 BGB	520
a) Ausgleich aus dem ungeteilten Nachlass	521
b) Haftung nach Erbquoten	521
c) Abweichende Haftungsverteilung im Innenverhältnis	521
d) Bedeutung von Ausgleichspflichten gemäß §§ 2050 ff. BGB für den	
Innenausgleich	521
XI. Der Minderjährige in der Erbengemeinschaft	522
§ 41 Steuern bei Erbauseinandersetzung	523
I. Beendigung der Erbengemeinschaft	524
1. Laufende Einkünfte	524
2. Anschaffungskosten bei Erbauseinandersetzung	
II. Erbauseinandersetzung über Betriebsvermögen	
1. Teilung ohne Abfindungszahlungen	525
a) Allgemeines	525
b) Gewinnrealisierung nach den Grundsätzen über die Betriebsauf-	***
gabe	
c) Buchwertfortführung bei Übertragung in ein anderes Betriebsver-	
mögen der Miterben	526
d) Ansatz bei Überführung von Wirtschaftsgütern in das Privat-	527
vermögen	526
2. Teilung mit Spitzen- oder Wertausgleich	527 527
a) Allgemeinesb) Übernahme von Verbindlichkeiten über die Erbquote hinaus	528
c) Buchwertfortführung im Zusammenhang mit Abfindungs-	320
zahlungen	528
III. Erbauseinandersetzung über Privatvermögen	529
1. Teilung ohne Abfindungszahlungen	529
a) Allgemeines	
b) Behandlung von Nachlassverbindlichkeiten	
c) Behandlung von Erbauseinandersetzungskosten	
Teilung mit Abfindungszahlungen	
a) Allgemeines	
b) Aufteilung von Abfindungsleistungen	531
c) Behandlung liquider Mittel des Nachlasses	532
d) AfA-Bemessungsgrundlage und AfA-Satz nach Erbauseinander-	00_
setzung	532
IV. Erbauseinandersetzung über einen Mischnachlass	533
1. Teilung ohne Abfindungszahlungen	533
a) Allgemeines	533
b) Schaffung von Privatvermögen im engen zeitlichen Zusammenhang	
mit der Auseinandersetzung	533
c) Behandlung von Nachlassverbindlichkeiten bei Mischnachlässen,	
insbesondere Schuldzinsenabzug	533
e e e e e e e e e e e e e e e e e e e	

	Seite
2. Besonderheiten bei der Vererbung eines Kommanditanteils und seiner	
Einbeziehung in eine Erbauseinandersetzung	
a) Einfache Nachfolgeklausel und Erbauseinandersetzung	534
b) Erbauseinandersetzung durch Trennung des Sonderbetriebsvermö-	
gens vom Kommanditanteils	
3. Teilung mit Abfindungszahlungen	535
V. Entgeltliche und unentgeltliche Übertragung eines Erbteils durch einen	525
Miterben	
1. Allgemeines	
Zum Nachlass gehört nur Betriebsvermögen Schenkung eines Erbteils	
b) Verkauf eines Erbteilsb)	
3. Zum Nachlass gehört nur Privatvermögen	
a) Schenkung eines Erbteils	
b) Verkauf eines Erbteils	
4. Mischnachlass	
a) Schenkung eines Erbteils	537
b) Verkauf eines Erbteils	537
VI. Ausscheiden eines Miterben (Abschichtung)	537
1. Allgemeines	
2. Ausscheiden ohne Abfindung	537
3. Ausscheiden gegen Barabfindung	537
4. Ausscheiden gegen Sachwertabfindung	538
a) Grundsatz	538
b) Buchwertfortführung	
VII. Erbauseinandersetzung durch Veräußerung des Nachlasses	539
1. Allgemeines	539
Allgemeines Zum Nachlass gehört Betriebsvermögen	539
3. Zum Nachlass gehört Privatvermögen	539
VIII. Teilerbauseinandersetzung	539
1. Behandlung wie Gesamtauseinandersetzung	539
2. Behandlung von umgekehrten Abfindungen	
IX. Erbschaftsteuerliche Besonderheiten 1. Allgemeines	
2. Familienheim	
2. Fammennenn	341
§ 42 Verjährung	543
I. Grundsätzliches	543
II. Die Verjährungsfristen	
1. Einleitung	
2. Der Anspruch aus § 2042 Abs. 2 iVm § 758 BGB	
3. Der Anspruch aus § 2018 BGB und Hilfsansprüche	
III. Fristbeginn, Hemmung, Unterbrechung und Ablaufhemmung	
1. Fristbeginn	545
a) Objektives Element	545
b) Subjektives Element	546
2. Hemmung und Unterbrechung	
a) Allgemeines	
b) Klageerhebung	546
c) Stundungd) Anerkenntnis	547
e) Verhandlungen	547
3. Ablaufhemmung	547
J. Holaumonniung	517

	Seite
IV. Verjährungshöchstfrist	548
V. Besonderheiten bei Ansprüchen von Miterbennachlassgläubigern	549
VI. Der Einfluss testamentarischer Anordnungen auf die Verjährung	549
VII. Checkliste: Verjährung	550
, ,	
Teil H. Erbengemeinschaft und ausländisches Recht	
§ 43 Erbengemeinschaft mit Auslandsberührung	551
I. Auslandsbezug des Nachlasses	552
1. Nachlass in den Mitgliedstaaten der EuErbVO	
2. Nachlass außerhalb der Mitgliedstaaten der EuErbVO	552
II. Bestimmung des anwendbaren Erbrechts	
1. Prüfungsreihenfolge zur Ermittlung des Erbstatuts	
2. Anwendbarkeit der EuErbVO	554
3. Prüfung der Wirksamkeit von Verfügungen von Todes wegen	555
a) Formelle Wirksamkeit	555 555
b) Materielle Wirksamkeit letztwilliger Verfügungen	557
bb) Materielle Wirksamkeit von Erbverträgen	557
c) Sonderfall Erb- und Pflichtteilsverzichtsverträge?	559
4. Rechtswahl des anwendbaren Erbrechts	561
a) Bedeutung der Rechtswahl	561
b) Wählbares Recht	562
c) Ausübungserklärung	562
d) Rechtswahl bei Mehrrechtsstaaten	563
e) Fiktion der Rechtswahl nach Art. 83 Abs. 4 EuErbVO	564
f) Fortbestehende Rechtswahl nach Art. 83 Abs. 2 EuErbVO	565
g) Folgen der Rechtswahl	566
5. Objektive Anküpfung des Erbstatuts	566
a) Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts	566
aa) Auslegungsgrundsätze	566
bb) Gesamtbetrachtung aller Umstände	567
cc) Anwendunsgbeispiele	569
b) Die Ausweichklausel des Art. 21 Abs. 2	569
c) Rück- und Weiterverweisung	570
aa) Verweisung an einen Mitgliedstaat	570
bb) Weiterverweisung an Drittstaat	571
cc) Gespaltene Verweisung	571 572
d) Anknüpfung bei Mehrrechtsstaaten	573
a) Reichweite in Bezug auf Erbengemeinschaften	
aa) Eintritt des Erbfalls	
bb) Erbberechtigung	573
cc) Erbberechtigung, Enterbung und Erbunwürdigkeit	574
dd) Übergang des Nachlasses	574
ee) Abwicklungsrechte	757
ff) Haftung für Nachlassverbindlichkeiten	575
gg) Pflichtteil und Beschränkungen der Testierfreiheit	575
hh) Ausgleichung und Anrechnung	576
ii) Nachlassteilung	576
b) Anknüpfung von Vorfragen	577
c) Abgrenzung zum Güterrecht	577
d) Abgrenzung zu lebzeitigen Rechtsgeschäften	579
e) Abgrenzung zum Gesellschaftsrecht	579

		Seite
	f) Vorbehalt des Sachstatuts	580
	g) Ordre-Public-Vorbehalt	581
§ 44	Erbengemeinschaften nach ausländischem Recht	583
	I. Erbengemeinschaften nach nationalem Recht	583
	II. Erbengemeinschaft in wichtigen Ländern	584
	1. Belgien	584
	2. Bosnien und Herzegowina	585
	3. Dänemark	585
	4. Frankreich	585
	5. Griechenland	586
	6. Italien	586
	7. Kroatien	587
	8. Niederlande	587
	9. Österreich	587
	10. Polen	588
	11. Portugal	588
	12. Russland	588
	13. Schweiz	589
	14. Slowenien	589
	15. Spanien	589
	16. Türkei	590
	nock-chon a	
	Teil I. Landwirtschaftliches Erbrecht	
§ 45	Landwirtschaftliches Erbrecht	591
	I. Grundlagen des landwirtschaftlichen Erbrechts	592
	II. Sondererbrecht der Höfeordnung	593
	1. Ziel des landwirtschaftlichen Sondererbrechts	593
	2. Die Fälle der sog. Nachlassspaltung bei Anwendung der HöfeO	593
	3. Anwendungsvoraussetzung der HöfeO	593
	a) Hofeigenschaft entfällt kraft Gesetzes	595
	b) Wegfall der Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 HöfeO auf Dauer	595
	aa) Ein Hofvermerk ist eingetragen, aber es existiert keine geeigne-	
	te Hofstelle mehr	595
	bb) Es ist ein Hofvermerk eingetragen, aber der Wirtschaftswert	
	des Hofes ist unter den Wert von 5.000 EUR gesunken	596
	c) Wegfall der Hofeigenschaft "außerhalb des Grundbuchs"	596
	aa) Ein land- und forstwirtschaftlicher Betrieb	596
	bb) Auflösung der Betriebseinheit	597
	cc) Kriterien für die Auflösung der Betriebseinheit	598
	dd) Kasuistik	599
	d) Verwaister Hof	600
	4. Hofvermögen	600
	a) Erbauseinandersetzung Hofvermögen	600
	aa) Grundstücke	600
	bb) Hofbestandteile	601
	cc) Keine Hofbestandteile	601
	b) Erlöse	602
	5. Verfahren	602
	a) Hoffolgezeugnis und Erbschein	602
	b) Erbauseinandersetzung, Feststellungsverfahren	604
	6. Abfindungsanspruch nach § 12 der weichenden Erben	605
	a) Erbauseinandersetzung Anspruchsberechtigte	605

	Seite
b) Entstehung des Abfindungsanspruchs	605
c) Berechnungsgrundlagen des Abfindungsanspruchs	606
aa) Anderweitige Regelung	606
bb) Hofeswert	606
d) Zu- und Abschläge, § 12 Abs. 1 HöfeO	607
e) Abzug der Nachlassverbindlichkeiten	608
f) Abzug der Vorempfänge	609
g) Berechnungsbeispiel Abfindung gemäß § 12 HöfeO	610
h) Fälligkeit, Verjährung	611
i) Abzug, Stundung, Verzinsung	611
j) Prozessuale Geltendmachung	611
7. Nachabfindungsansprüche § 13 HöfeO	612
a) Anspruchsberechtigte	613
b) Anspruchsgegner	613
c) Tatbestände des § 13 HöfeO	613
d) Veräußerung des Hofes, einzelner Hofgrundstücke	613
e) Einbringung des Hofes in eine Gesellschaft	613
f) Veräußerung und Verwertung von Hofzubehör	
g) Landwirtschaftsfremde Nutzung	614
h) Ausscheiden des Anspruchs	615
i) Nachabfindungsfrist, Degression	615
j) Zu- und Abs <mark>ch</mark> läge	616
k) Verjährung	616
l) Mitteilungspflicht nach § 13 Abs. 10 HöfeO	616
m) Prozessuale Geltendmachung	617
Ansprüche des Ehegatten Hoffreies Vermögen	618
9. Hottreies Vermögen	618
III. Landgut (§ 2049 BGB)	619
1. Die Anordnung eines Übernahmerechts nach § 2049 BGB	619
2. Definition Landgut	620
a) Landwirtschaftliche Besitzung	620
b) Selbständiger und dauernder Betrieb	621
3. Die privilegierte Wertberechnung nach dem Ertragswert	622
a) Ertragswert	622 622
b) Reinertrag	
c) Multiplikatoren Ertragswert nach Bundesländern	623
IV. Zuweisung nach dem Grundstücksverkehrsgesetz	623 624
a) Gesetzlich entstandene Erbengemeinschaft	624
b) Ausschlussgründe	624
c) Landwirtschaftlicher Betrieb	624
2. Zuweisungsberechtigte	625
a) Wille des Erblassers	625
b) Bewirtschaftungsbereitschaft und Eignung	625
3. Gegenstand der Zuweisung	625
4. Zuweisungsverfahren	626
5. Ausgleichanspruch der Miterben	626
a) Höhe des Abfindungsanspruchs	
b) Festsetzung des Abfindungsanspruchs	626
6. Nachabfindungsanspruch der Miterben	

		Seite
	Teil J. Vermeidung der Erbengemeinschaft und der streitigen Auseinandersetzung	
§ 46	Grundsätzliches	629
	I. Gründe für die Vermeidung der Erbengemeinschaft	629
	II. Gestaltungsmöglichkeiten im Überblick	630
	in destartangonognemetern in oberonek immining	000
8 47	Lebzeitige Übertragung	631
8 17	I. Grundsätzliches	632
	1. Arten lebzeitiger Zuwendungen	632
	a) Schenkung	632
	b) Gemischte Schenkung	632
	c) Ausstattung	632
	d) Ehebedingte Zuwendung	633
		633
	2. Vorteile lebzeitiger Vermögensnachfolge	633
	a) Ausnutzen steuerlicher Freibeträge	633
	b) Schutz des Vermögens vor dem Zugriff des Sozialhilfeträgers	
	c) Reduzierung von Pflichtteilsansprüchen	633
	d) Vermeidung von Streitigkeiten bei der Erbauseinandersetzung	634 634
	e) Altersvorsorge des Übergebers	
	f) Frühzeitige Nachfolge in Familienunternehmen	634
	3. Rückforderungsrisiko	634
	II. Vertragliche Ausgestaltung	634
	1. Bedingungslose Schenkung	634
	2. Schenkung auf den Todesfall	635
	a) Schenkung unter Überlebensbedingung b) Aufschiebend befristete Schenkung	635
	b) Aufschiebend befristete Schenkung	635
	3. Vorbehalt von Rechten durch den Veräußerer	635
	a) Nießbrauch	635
	b) Wohnungsrecht	636
	c) Rückforderungsrecht	636
	d) Auswirkungen auf Pflichtteilsergänzungsansprüche	636
	aa) "Leistung" bei Nießbrauchsvorbehalt	636
	bb) Leistung bei Wohnungsrecht	637
	cc) Leistung bei Rückforderungsrecht	637
	dd) Berücksichtigung bei der Berechnung	637
	4. Sonstige Vereinbarungen	638
	5. Beteiligung Minderjähriger	638
	a) Minderjähriger als Zuwendender	638
	b) Minderjähriger als Zuwendungsempfänger	639
	aa) Beteiligung eines Ergänzungspflegers	639
	bb) Familiengerichtliche Genehmigung	639
8 48	Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	640
3 .0	I. Grundsätzliches	640
	1. Rechtsnatur	640
	2. Anwendungsbereich	641
	II. Vertragliche Beziehungen der Beteiligten	641
	1. Deckungsverhältnis	641
	a) Vor dem Tod des Versprechensempfängers	642
		642
	b) Nach dem Tod des Versprechensempfängers	642
	2. Valutavernaltnis	642

		Seite
	b) Vorversterben des Dritten	642
	c) Widerrufsmöglichkeiten der Erben	643
	III. Pflichtteilsergänzung	643
§ 49	Letztwillige Verfügungen	645
	I. Grundsätzliches	646
	II. Bestimmung des Alleinerben	646
	1. Vollerbe oder Vorerbe	646
	2. Auswahl des Erben	647
	III. Vermächtnislösung	647
	1. Vermächtnisarten	648
	a) Geldvermächtnis	648
	b) Vorausvermächtnis	648
	c) Verschaffungsvermächtnis	649
	d) Bestimmungsvermächtnis	649
	e) Zweckvermächtnis	649
	f) Verteilungsvermächtnis	649
	g) Gattungsvermächtnis	650
	h) Nießbrauchvermächtnis	650
	i) Wohnungsrechtsvermächtnis	650
	j) Rentenvermächtnis und dauernde Last	651
	k) Vor- und Na <mark>ch</mark> vermächtnis	
	2. Ersatzvermächtnisnehmer und Anwachsung	651
		652
	IV. Teilungsanordnung	652
	2. Anordnungsmöglichkeiten	652
	a) Formelle Teilungsanordnung	652
	Anordnungsmöglichkeiten	652
	c) Abgrenzung zum Vorausvermächtnis	653
	d) Überquotale Teilungsanordnung	653
	e) Übernahmerecht	653
	f) Versteigerungslösungen	653
	2/ 101000-901-411-901-00411-901	000
§ 50	Pflichtteilsverzicht	654
	I. Grundsätzliches	654
	1. Pflichtteilsberechtigte und Pflichtteilsanspruch	654
	2. Wirkung des Pflichtteilsverzichts	655
	3. Wirksamkeitsvoraussetzungen	655
	a) Form	655
	b) Stellvertretung	655
	c) Inhaltskontrolle	656
	d) Pflichtteilsverzicht beim Bezug von Sozialleistungen	656
	e) Pflichtteilsverzicht in der Insolvenz	656
	4. Aufhebbarkeit	656
	II. Gestaltungsmöglichkeiten	657
	1. Beschränkter Pflichtteilsverzicht	657
	2. Bedingung	657
	3. Schuldrechtliches Verpflichtungsgeschäft	658
§ 51		659
	I. Grundsätzliches	659
	II. Schiedsgerichtsklausel	660
	1. Vorteile von Schiedsgerichtsklauseln	660
	2. Nachteile von Schiedsgerichtsklauseln	660

	Seite
3. Wirksamkeitsvoraussetzungen	661
4. Inhalt von Schiedsgerichtsklauseln	661
a) Anwendungsbereich	661
b) Person des Schiedsrichters	662
c) Ad-hoc- und institutionelles Schiedsverfahren	662
d) Anzahl der Schiedsrichter	663
e) Ergänzung um Mediationsklausel	663
III. Schiedsgerichtsbarkeit	663
1. Konzept der Schiedsgerichtsbarkeit	663
2. Entscheidungen des Schiedsgerichts	664
a) Befugnisse des Schiedsgerichts	664
b) Vollstreckbarkeit der Entscheidungen	664
c) Überprüfung durch die ordentliche Gerichtsbarkeit	664
IV. Schiedsgutachten	664
1. Inhalt von Schiedsgutachterklauseln	664
a) Regelungsbereich	664
b) Auswahl des Schiedsgutachters	665
c) Kosten	665
2. Kombination mit Schiedsgerichtsklausel	665
§ 52 Testamentsvollstreckung	666
I. Grundsätzliches	667
1. Vorteile der Testamentsvollstreckung	667
2. Nachteile der Testamentsvollstreckung	667
3. Anordnung der Testamentsvollstreckung	668
	668
a) Formb) Ausdrückliche Anordnung/Auslegungb.	668
c) Bedingung/Befristung/Beschränkung	668
d) Verlautbarung der Testamentsvollstreckung	668
II. Arten der Testamentsvollstreckung	668
1. Abwicklungsvollstreckung	668
2. Verwaltungs- bzw. Dauervollstreckung	669
3. Nacherbenvollstreckung	669
4. Vermächtnisvollstreckung	669
III. Ernennung des Testamentsvollstreckers und Beginn des Amtes	670
1. Ernennung	670
a) Möglichkeiten der Ernennung	670
aa) Ernennung durch den Erblasser selbst	670
bb) Bestimmung durch Dritte	670
b) Person des Testamentsvollstreckers	670
aa) Erbe	670
bb) Nacherbe/Vorerbe	671
cc) Betreuer	671
dd) Vermächtnisnehmer	671
ee) Juristische Personen/Gesellschaften	671
ff) Notar	671
c) Ersatztestamentsvollstrecker	672
2. Beginn des Amtes	672
a) Annahmeerklärung	672
b) Rechtsgeschäfte vor Annahme	672
c) Ergänzung durch postmortale Vollmacht	672
3. Nachweis des Amtes	673
a) Testamentsvollstreckerzeugnis	673
b) Anordnung in öffentlicher Urkunde	673

	Seite
IV. Rechtsstellung und Befugnisse des Testamentsvollstreckers	673
1. Rechtsstellung des Testamentsvollstreckers	673
2. Befugnisse des Testamentsvollstreckers	674
a) Eingehung von Verbindlichkeiten	674
b) Unentgeltliche Verfügungen	672
c) Verfügungsbeschränkung der Erben	674
d) Insichgeschäft	675
V. Testamentsvollstreckung und Handelsgeschäft	675
1. Treuhandlösung	676
2. Vollmachtlösung	676
3. Weisungsgeberlösung	677
4. Beaufsichtigende Testamentsvollstreckung	677
VI. Testamentsvollstreckervergütung	677
1. Anordnung der Vergütung	677
2. Höhe der Vergütung	678
3. Sonstige Regelungen	678
VII. Ende der Testamentsvollstreckung	678
1. Ende des konkreten Testamentsvollstreckeramtes	679
2. Ende der Testamentsvollstreckung insgesamt	679
0.70.006	600
§ 53 Stiftung	680
I. Grundsätzliches	680
Begriff der Stiftung	680
a) Recntsstellung	680
o) Recutstanige privatreentliche Stirtung	681 681
2 Entrology Landschape College	681
c) Organ der Stiftung 2. Entstehung der Stiftung	681
a) Stiftungsgeschaft	682
b) Anerkennung	682
II. Gestaltungsfragen	682
a) Stiftungsgeschäft unter Lebenden oder Errichtung von Todes	662
	682
wegenb) Satzungsgestaltung	682
2. Besonderheiten bei der Stiftung von Todes wegen	683
2. Desonderheiten der der stiftung von Todes wegen	003
Sachregister	685